

Doppelverdiener müssen höhere Gebühren bezahlen

Rot-Grün beschließt neue Satzungen für Kindertagesstätten – untere Einkommensgruppen werden entlastet

Von Jan Bielicki

Eltern werden sich von September an auf neue, zum Teil leicht gesenkte, zum Teil aber drastisch erhöhte Gebühren für städtische Kindergärten, Krippen und Horte einstellen müssen. Die rot-grüne Rathausmehrheit verabschiedete gestern die neuen Satzungen für die Kindertagesstätten der Stadt. Diese sehen vor allem für Familien, in denen beide Elternteile arbeiten und die ihre Kinder mehr als acht Stunden täglich betreut wissen wollen, deutlich höhere Entgelte vor.

Allerdings wollen SPD und Grüne Familien, die zwei Kinder in eine Krippe schicken, etwas weniger stark belasten als bisher. So werden Eltern künftig im Höchstfall statt wie geplant 842 nur 714 Euro für die Tagesbetreuung zweier Kinder in einer Krippe bezahlen müssen – was gegenüber den bisher fälligen

452 Euro aber noch eine Steigerung von rund 60 Prozent bedeutet. Allerdings besuchen derzeit nur 179 Geschwisterkinder die städtischen Krippen, und nur wenige dürften in diese Buchungs- und Einkommensklasse eingestuft werden.

SPD, Grüne, aber auch Vertreter der freien Wohlfahrtsverbände verteidigten die, so der SPD-Stadtrat Heimo Liebich, „insgesamt moderaten Erhöhungen“. Diese bewegten sich im Schnitt nur auf der Höhe der Inflationsrate und brächten für Familien der mittleren und unteren Einkommensgruppen die neuen Gebührentabellen sogar „deutliche Entlastungen“, sagte Liebich. Seine SPD-Ratskollegin Beatrix Zurek verwies auf die Stundensätze, die Familien für die Betreuung ihrer Kleinen bezahlen müssten: Eine Stunde städtischer Kindergarten kostet Eltern höchstens 99 Cent, „so viel wie zwei Panini-Sticker“, sagte die Mut-

ter von drei Kinder. Sogar für eine Stunde aufwändiger Krippenbetreuung verlange die Stadt höchstens 2,34 Euro.

Tatsächlich kommen auf die Mehrzahl der Eltern keine oder nur geringe Erhöhungen zu. Neu ist auch, dass Familien für ihre dritten betreuten Kinder gar nichts mehr bezahlen müssen. Allerdings räumte auch Bürgermeisterin Christine Strobl ein, „dass manche aus den mittleren Einkommenschichten schlechter gestellt sind“. Aber es werde eben „nie ein System geben, das jedem Einzelfall gerecht wird“.

Elternvertreter zeigten sich nach der Ratsdebatte enttäuscht. „Was an Nachbesserungen kam, war ja fast nichts“, sagte Petra Nass, die Vorsitzende des gemeinsamen Kindergartenbeirats. Die Elternbeiräte hatten gefordert, das nach Elterneinkommen gestaffelte Gebührensystem durch Einheitssätze zu ersetzen und

Geringverdienern die Betreuungskosten über die wirtschaftliche Jugendhilfe zu erlassen. Ein solches Modell lehnen Sozialreferent Friedrich Graffe und die rot-grüne Ratsmehrheit entschieden ab. Die bei einem Antrag auf wirtschaftliche Jugendhilfe nötige, detaillierte Bedürfnisprüfung belaste die Verwaltung, vor allem auch die Eltern: „Das wäre ein deutlicher Rückschritt gegenüber unseren bewährten Staffelbeiträgen“, sagte Strobl. Der Stadtrat will jedoch prüfen lassen, ob sich die Gebühren nach dem Elterneinkommen des Vorjahres statt wie bisher des Vorvorjahres bemessen sollen.

CSU und FDP wollen Kindergartengebühren ganz streichen. Die CSU-Stadträtin Marianne Brunner räumte allerdings ein, dass der Nulltarif „erst langfristig realistisch ist“. Die Kosten dafür müsse neben der Stadt vor allem der Freistaat übernehmen.